

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Nr. 249

Dienstag, den 24. Oktober 1922

17. Jahrgang

ausgegeben durch meine Sohn
bei im Haus monatlich 200 Mark.
gebühren nehmen die Postämter
und für Auslieferung die Postämter
entgegen. — Erhältlich wöchentlich
Sonntags- und Feiertags Nr. 63.
Erlaubnis: Tageblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1090

Abgabepreis: Die Abgabepreise
bestimmen sich nach den
Abgaben für Anzeigen aus Aue und
Umgegend 10.00 Mark, auswärts
Anzeigen 17.00 Mark, Kleinanzeigen
10.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechend Rabatt.

Ueberflüssige Krisen.

Man hat bei der Kammerfahrt des Fürsten Billore stammt das geflügelte Wort „Nur keine inneren Krisen!“. Was damals mehr der Bequemlichkeit des leitenden Staatsmannes, als politischen Notwendigkeiten entsprang, ist heute nahezu nationales Gebot. Jede innerpolitische Krisenmacheret geht auf Kosten unseres Volkes. Die letzten Tage haben Deutschlands wirtschaftliches Elend ins Maßlose gesteigert. Der Dollar hatte bereits die 4000 Mark-Grenze weit überschritten. Es ist klar, daß alle Meldungen über innere Krisen das Vertrauen zu Deutschland und seiner Währung nicht heben können. An sich besteht nicht der geringste Anlaß für eine politische Krise. Wenn die Sozialdemokratie mit etwas Theaterdonner die Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide begleitet hat, so steht dem doch die Tatsache entgegen, daß die Sozialdemokraten privatim selbst zugegeben haben, daß der Umlagepreis einfach nicht zu halten war und die jetzige Preisnormierung durch den Reichstagsausschuß bedeutet bei weitem noch keinen Ausgleich gegenüber den riesig gestiegenen Preisen für freies Getreide. Im wesentlichen ist es ja auch die neue Devisenordnung, die über Nacht zum Kampfbild geworden ist. Es ist außerordentlich zu beklagen, daß eine rein wirtschaftliche Frage nun wieder zum politischen Kampfbild herabgedrückt wird. Die Schuld daran trifft zweifellos die Sozialdemokratie. Die Devisenordnung hat im Reichswirtschaftsministerium das Licht der Welt erblickt, wo Herr Robert Schmidt seines Amtes walte. Ihre Wirkung ist an ihren Früchten zu erkennen. Unter dieser Verordnung verinachte der Dollar die 4000 Mark-Grenze zu überschreiten. Sie hat praktisch zu einer ungeheuerlichen Verzerrung des Marktes geführt, weil alle die Kräfte, die Schwierigkeiten bei der Wiederbeschaffung von Devisen befrachten, nunmehr auf ihrem Besitz sitzen blieben. Geradezu katastrophal aber war die Wirkung auf das Vertrauensleben. Es wurden plötzlich Verträge geschlicht annulliert, bei denen eine bestimmte Währung vereinbart war und in vielen anderen Fällen ist die Frage zweifelhaft, ob die abgeschlossenen Verträge Gültigkeit behalten. Das Reichswirtschaftsministerium als Gesetzgeber hat in vielen Fällen selbst nicht gemerkt, was rechtens ist und auf die Entscheidung der Gerichte vertrieben. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Außerdem mußte die Devisenordnung in dieser Unvollkommenheit als Teilmaßnahme ihren Zweck völlig verfehlen. Wenn sich in so eklatanter Weise die Unbrauchbarkeit eines gesetzgeberischen Aktes herausstellt, ist es einfach ein Gebot vitalsten Volksinteresses, seine Aufhebung oder Umformung so rasch wie möglich zu vollziehen. Da kommt nun aber plötzlich die Sozialdemokratie und befrachtet Ungelegenheiten für ihren Wirtschaftsminister. Sie droht wieder einmal aus der Regierung auszuscheiden und was dergleichen able Ungewohnheiten mehr sind. Gerade die Wählerkreise der Sozialdemokratie müssen die Begehr einer solchen Krisenpolitik bezahlen. Es wäre darum an der Zeit, daß gerade sie ihrer politischen Verantwortung solche Kinderkrankheiten des deutschen Parlamentarismus abgewöhnen.

Die Frage wirksamer Maßnahmen gegen die Devisenspekulation und das Problem einer Währungsstabilisierung sind rein wirtschaftlicher Natur. Gerade die demokratischen Tagungen von Eisenach und Elberfeld haben wirksame Maßnahmen gegen die Devisenspekulation gefordert. Die Vertreter der demokratischen Partei haben darum auch bei ihren Besprechungen mit dem Reichszentralen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie jeder unvollständigen wirtschaftlichen Spekulation aufs schärfste begegnen wollen. Die Devisenordnung hat aber gerade die privaten Spekulanten in ihrem Besitz gefestigt. Es kann diese Frage nur als Teilstück einer großen Aktion zum Schutze der deutschen Währung angesehen werden. Insbesondere wäre es nötig gewesen, gleichzeitig goldwerte Schatzscheine auszugeben. Die rein negative Devisenordnung bedarf also nicht nur der Reform, sondern auch der positiven Ergänzung. Insbesondere muß man sich auch klar darüber werden, wie man den Goldschatz der Reichsbank und die bereits im Privatbesitz befindlichen Devisen in den Dienst einer Währungsreform stellen kann. Das sind aber Fragen, die mit durchdringender Sachkenntnis und großer Sorgfalt angefaßt sein wollen. Es ist charakteristisch, daß die Times die Devisenordnung als panikartige Gesetzgebung bezeichnet, die ein Ausfluß der finanziellen Verwirrung Deutschlands sei. In dieser Kritik ist zweifellos einiges Berechtigtes. Es geht aber nun nicht an, jede förmliche Verhandlung des wichtigen Währungsproblems mit parteipolitischen Forderungen zu verquiden. Man muß dringend wünschen, daß sich alle Parteien endlich zu diesem Erkenntnis durchringen.

Die mißglückte Devisenordnung.

Eine Kundgebung der sächsischen Handelskammern.
Donnerstag, den 19. Oktober, fand in Dresden unter dem Vorsitz der Handelskammer in Chemnitz als Vorort eine Beratung von Vertretern der sächsischen Handelskammern statt, bei der neben anderen wichtigen Gegenständen vor allen Dingen die von der Reichsregierung so plötzlich und ohne vorherige Maßnahme mit Industrie und Handel in Kraft gesetzte Devisenordnung gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln vom 12. Oktober 1922 einer eingehenden Erörterung unterzogen wurde. Nachdem die katastrophalen Auswirkungen der Verordnung auf unser Wirtschaftsleben an Hand einer Reihe von Beispielen gezeigt worden waren, beschloß man auf schnellste Suspendierung, zum mindesten aber sofortige Abänderung der Devisenordnung behufs Befreiung aller derjenigen Bestimmungen, die eine Lähmung der Geschäfte in Erzeugnissen aus ausländischen Rohstoffen oder ausländischen Ursprungs hervorgerufen haben und die drohende Gefahr der Arbeitslosigkeit ungeheuer verschärfen, hinzuwirken.

Von den zu Zweifeln Anlaß gebenden Fragen muß insbesondere die der Rückwirkung der Verordnung auf die laufenden Geschäfte dahin klargestellt werden, daß die Verordnung auf die vor dem 12. Oktober abgeschlossenen Geschäfte keine Anwendung findet. Ferner wurde eingehende Aufstellung einer neuen Verordnung, die im ordentlichen gesetzgeberischen Wege und nach vorheriger Anhörung der zuständigen Interessenvertretungen zu erlassen ist, als unbedingt notwendig erachtet. In unmittelbarem Anschlusse hieran wurde eine Abordnung mit dem Auftrage nach Berlin entsandt, diese Forderungen dort an maßgebender Stelle sofort persönlich mit allem Nachdruck zu vertreten.

Die Regierung sieht den Fehler ein.

Die Tatsache, daß auch den Berliner Regierungskreisen allmählich die Erkenntnis des angedeuteten Unheils zu dämmern beginnt, wird endlich durch die Weisung bestätigt, daß man sich bereits ansetzt, den Sündenbock in die Wüste zu schicken.

Die Stellung des Staatssekretärs Hirsch im Reichswirtschaftsministerium gilt, wie wir hören, als erschüttert. Hirsch war der Urheber der Devisen- und Devisenordnung, die sich bei der Durchführung als ganz verfehlt erwies. Der erneute Marksturz und die Devisenflucht werden zum nicht geringen Teil auf die Wirtschaftspolitik Hirschs zurückgeführt. Hirsch war ursprünglich Handlungsgehilfe im Rheinland und machte unter der Republik schnelle Karriere. Vorher er zum Staatssekretär ernannt wurde, war er lange Zeit Professor an der Handelshochschule in Köln.

Erst Brot, dann Reparationen!

„Giornale d'Italia“ bringt als Leitartikel ein Interview des Sonderkorrespondenten Taburi mit dem Reichszentralen Dr. Wirth. Der Wert des Interviews liegt darin, daß Dr. Wirth dabei ausbrach, Deutschland könne nicht und werde nicht mehr bezahlen. Dr. Wirth führte mit der ausdrücklichen Bitte um Veröffentlichung folgendes aus: Die Bekanntheit des Komberg-Dokumentes war eine moralische Pflicht, da Voltaire mit seinen fortgesetzten Anklagen die Wahrheit herausforderte. Ebenso falsch seien seine Behauptungen über den künstlichen Marksturz. Die Ausgabe von Papiermark sei nicht die Ursache, sondern die Folge des Marktzusammenbruchs. Jetzt haben wir keinen Währungsplan mehr, sagte Dr. Wirth. Alle Quellen sind erschöpft. Der Winter steht vor der Tür, und es ist kaum genügend Brot bis Jahresende vorhanden. Daher werden wir allen Drohungen gegenüber ruhig antworten: Erst Brot, dann Reparationen! Übrigens wissen die Mächte genau, daß wir nicht mehr in der Lage sind, zu zahlen. Europa ist das Opfer einer Verächtlichkeit geworden, denn es ist Wahnsinn, von einem einzigen Volke zu verlangen, daß es die Lasten eines Weltkrieges tragen soll. Der Frieden, den wir von den verschiedenen Konferenzen erwartet haben, ist immer noch nicht da. Die Lösung des Reparationsproblems muß von Geschäftleuten und Industriellen gefunden werden. Nach Drückeln gehen wir, wenn wir eingeladen werden, aber wir erlauben, nicht zahlen zu können. Die Möglichkeit einer Rechtsrevolution erklärte Dr. Wirth für ausgeschlossen, da die Republik auf solider Basis ruht. Dagegen bestehe die Gefahr einer Revolution im wirtschaftlichen Sinne, hervorgerufen durch den Hunger.

Stundung der Ausgleichszahlungen.

Die Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichskämtern sind am Sonnabend abgeschlossen worden. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichskämtern haben ein Abkommen vereinbart, nach dem Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen zur Annahme vorgelegen. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage zu erfolgen haben. Die Regierung hat sich dementsprechend die gesamte Verantwortung

der Ausgleichszahlungen vor, die dem Reichstage nächstens vorgelegt werden soll.

Reichstag.

Man darf mit Bestimmtheit feststellen, daß der Reichstag zum ersten Male bei bedeutender Gelegenheit es verstanden hat, eine Demonstration nach außen würdig und eindrucksvoll zu gestalten. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand die Interpellation sämtlicher Parteien über das Verbot der Rheinlands-Kommission in Sachen Smeets. Um es noch einmal in Erinnerung zurückzuführen: der bekannte Wähler und Sonderbündler Smeets hatte wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert eine achtmonatige Gefängnisstrafe zudiktiert erhalten, aber die Rheinlands-Kommission hat es selbstherrlich dekretiert, daß diese Strafe gegen ihn nicht zu vollstrecken sei. Die Beleidigung Eberts sei — „unerheblich!“. — Dankenswerter Weise erklärte sich die Regierung in der Person des Kanzlers selbst bereit, sofort die Antwort zu erteilen, und so konnte denn der Soz. Solimann namens seiner Partei den Redner der Redner eröffnen, die sich durchweg auf kurze, würdige und darum wirksame Erklärungen beschränkten. Der Abg. Solimann und die Mehrzahl der anderen Redner stammte aus dem Rheinland, und so waren sie alle doppelt berechtigt, die Stimme unserer rheinischen Mitbürger von der Parlamentstribüne herab zu Gehör zu bringen. Auf eine kurze Formel gebracht gingen Solimanns Ausführungen dahin, daß die Strafe gegen Smeets an sich zu beanstandungen keinen Anlaß gegeben hätte, umso mehr aber das unerhörte Verhalten der Besatzungsbehörde. Für das Zentrum sprach der Abg. Dr. Hauscher, der damit schloß, daß Smeets Gegenstand der Berachtung jedes ehrlichen Deutschen sei. Abg. Moldenhauer (D. Sp.) erklärte, daß die Rheinlands-Kommission die Vorentscheidungen Frankreichs sozusagen gerichtsnotorisch gemacht habe. Die Erklärung der Deutschen Demokratischen Partei verlas Abg. Erkelens. Sie gipfelte in dem Satz, daß die rheinische Separatistenbewegung nur unter dem Schutze französischer Bajonnette bestehen könne. Auch der Kanzler beschränkte sich auf wenige aber überzeugende Worte. Er wies darauf hin, daß unsererseits alles geschehen sei, um ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit der Rheinlands-Kommission zu ermöglichen, daß dieser jetzige Schritt aber eine ganz unhaltbare Lage geschaffen habe. Er wiederholte dabei den bekannten Einspruch bei den alliierten Regierungen und die Forderung, den Beschluß der Kommission unverweilt rückgängig zu machen. Ein kommunistischer Versuch, den Eindruck der Einheitsfront zu beeinträchtigen, wurde durch Ablehnung des Votums auf Besprechung zum Scheitern gebracht. Dann wurde die Aussprache über die neue Besatzungsvorlage zu Ende geführt und gemäß dem Wunsch der Regierung deren Vorlage hinsichtlich der Ortszuschläge wiederhergestellt, die Vorlage selbst dann im wesentlichen unverändert auch in dritter Lesung angenommen, nachdem das Plenum eine Entschleunigung (Dem.) gebilligt hatte, wonach bei der Fortsetzung der Wirtschaftspolitik im besonderen die Beamten in den Grenzorten berücksichtigt werden sollen. Den Schluß der Sitzung bildete die zweite Lesung der Vorlage über die Angestelltenversicherung aus, die darauf hinauslief, daß eine Versicherungsgrenze bestehen bleiben soll, die nicht mehr wie bisher vom Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages, sondern vom Arbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsrat jeweils festgesetzt werden soll.

Ein deutsch-russisches Industrie-Abkommen.

Neben einem zwischen dem Strauß-Wolff-Konzeen und der Sowjetregierung abgeschlossenen Handelsvertrag werden folgende Einzelheiten bekannt: Das Konsortium erhält nicht nur die Konzession, Waren jeder Art nach Rußland einzuführen und aus Rußland auszuführen, sondern auch in Rußland selbst Binnenhandel zu treiben. Die Konzession erstreckt sich über das ganze Territorium Sowjetrußlands. Bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates der gemischten Gesellschaft vertritt beide Parteien auf die Majoritätierung. 50 Prozent des Aktienkapitals sollen in deutschen, 50 Prozent in russischen Händen sein. Der Gewinn wird derart verteilt, daß bis zu 10 Prozent des Aktienkapitals als Dividende und weitere 40 Prozent zu gleichen Teilen verteilt werden. Der Ratifizierung des Vertragsabchlusses wird in russischen Handelskreisen besondere Bedeutung für die Weitergestaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen beigemessen.

8 Uhr Kirchen-
ereign. Mittwoch
schmäler. 1. Joh.
abend u. Christl.
hr Bibeltränken
Abends 8 Uhr
Dortel.

chung.
Voraus-
sahsteuer.

erungen verpflich-
trauf aufmerksam
teuergesetz vom
es vom 8. April
des Kalenderver-
1. Oktober 1922 —
erschuld zu leisten

erzählst über ein
innerhalb eines
in das der
22 veranlagt und
öhe des Betrages
ng ergibt.

enderdvierteljahr,
und Vorauszah-
Ueberweisungs-
zeit zugehörig
ung 3 ab 1.
unter gleichzeiti-
Finanzamtstelle
oder bei Verwen-
derem Voranmel-
derdvierteljahr —
e, soweit sie um-
ang aufzuführen,
schmende Voraus-

her Veranlagung
anlagung eine
blaus des Kalen-
stelle die Voraus-
angene Kalender-
wird geschätzt.
gemäßer oder un-
ull veröffentlichte

Schwarzenberg.
Druck u. Verlag
h. S. Aue.

C
n
st-
s.
c

AGS
B. H.
Stein
uckerrei

AGS
B. H.
Stein
uckerrei

er ab
ätschfabrik,
abe 30.

ig i. Erzg.

2 bis 5 Uhr.
schm. geschlossen.
mit 3 1/2 0/
Wertpapieren
Leipzig, Nr. 47,
Bankkonto
brieflich.